

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO GREMMELS

BEZIRK
HESSEN-NORD

SPD

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen.**

Insgesamt war der Bundesparteitag ein gutes Signal. Insbesondere mit dem Beschluss zur Sozialstaatsreform haben wir wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen.

Unser Sozialstaat soll Partner der Menschen sein. Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze. Darum haben wir auf dem Parteitag einstimmig beschlossen, Hartz IV zu überwinden und ein Bürgergeld einzuführen. Wir wollen den Menschen mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit bieten.

Konkret heißt das:

- Anerkennung von Lebensleistung: Wer lange gearbeitet hat, bekommt auch länger Arbeitslosengeld. Leistungsgerechtigkeit steht im Mittelpunkt.
- Mehr Chancen in der Arbeitswelt: Mit dem Recht auf Weiterbildung sorgen wir dafür, dass wirtschaftliche Veränderungen keine Angst machen müssen.
- Mehr Respekt durchs Bürgergeld: Wir setzen an die Stelle von Hartz IV ein neues Bürgergeld. Es ist aus der Perspektive der Menschen gedacht, die den Sozialstaat brauchen. So lange es Hartz IV noch gibt, sollen mögliche Sanktionen das Existenzminimum nicht mehr gefährden dürfen.
- Kinder absichern: Kein Kind darf in einem reichen Land wie unserem in Armut aufwachsen. Darum schaffen wir eine neue Kindergrundsicherung. Für ein gutes und gesundes Aufwachsen, für beste Bildung und Chancen.
- Wert der Arbeit stärken: Wir sichern den Wert der Arbeit – indem mehr Menschen von guten Tarifverträgen profitieren. Und durch einen deutlich höheren Mindestlohn.
- Arbeit, die zum Leben passt: Wir bringen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Höhe der Zeit: mit einem Recht auf Home-Office und Nichterreichbarkeit. Und mit einem persönlichen Zeitkonto für alle Beschäftigten.

Unsere Arbeit an der Zukunft hat ein klares Ziel: Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land erneuern und für die Zukunft stärken.

Lasst uns unsere Ideen offensiv an die Menschen herantragen und in den kommenden Monaten weiter mit Leben füllen.

Wir freuen uns, dass Hubertus Heil zugesagt hat, zu unserem Bezirksparteitag am 9. Mai 2020 nach Stadtallendorf zu kommen und dort als zuständiger Fachminister und stellvertretender Parteivorsitzender zu diesen und anderen Themen zu uns sprechen wird. ■

Euer

Timon Gremmels, MdB
Bezirksvorsitzender



Die 24 nordhessischen Delegierten auf dem Bundesparteitag in Berlin.

FOTO: TIM HERBST

VERMÖGENSSTEUER EINFÜHREN, HARTZ IV ÜBERWINDEN

Klare Beschlüsse getroffen

Als ein deutliches Signal für ein geschlossenes Handeln in kritischer Solidarität, bei dem die gesamte Partei mitgenommen wird", bezeichnete der SPD-Bezirksvorsitzende Hessen-Nord, Timon Gremmels, die Beschlüsse des SPD-Bundesparteitags in Berlin.

Gremmels zog ein positives Fazit des Parteitags. „Es wurde deutlich, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Verantwortung für Gesellschaft und Politik übernehmen wollen und auch können“, erklärte er mit Blick auf die intensive Debatte über die erfolgreiche sozialdemokratische Regierungsbildung und die Fortsetzung der Großen Koalition.

Eine gute Basis für die künftigen Monate und Jahre sei der Beschluss zur Reform des Sozialstaates. „Wir wollen Hartz IV hinter uns lassen“, so Gremmels. „Solidarität, Zusammenhalt, Menschlichkeit – das sind die Grundsätze für den sozialdemokratischen Sozialstaat der Zukunft. Mehr Chancen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit mit einem Sozialstaat als Partner.“

Einstimmig wurde ein Konzept zur Kindergrundsicherung beschlossen. Das Ziel: Deutschland soll das kinderfreundlichste Land in ganz Europa werden. Um das zu erreichen, werden wir das Dickicht der verschiedenen Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Hartz IV für Kinder und Teilhabeleistungen bündeln. Vom neuen, erhöhten Kindergeld sollen monatlich 30 Euro auf ein Teilhabekonto in Form einer Kinderkarte fließen. Nutzen können soll man das für gebührenpflichtige Angebote wie Sportvereine, Schwimmbäder oder Musikschulen.

Ein weiteres zentrales Thema: der Kli-

maschutz. Die SPD will den Klimaschutz vorantreiben: sozial gerecht. Und das heißt unter anderem, 65 Prozent Erneuerbare Energien bis 2030 zu schaffen – und 100 Prozent bis 2050. Um dem Ausbau der Windenergie einen neuen Schub zu geben, sollen die Menschen direkt davon profitieren – durch die Gründung von Genossenschaften etwa. Dachflächen und öffentliche Grundstücke sollen intensiv für Wind- und Sonnenenergie genutzt werden.

Diese Beschlüsse spiegelten wichtige Positionen wider, die der SPD-Bezirk Hessen-Nord kontinuierlich und hartnäckig in die Debatten eingebracht habe.

Dass der Parteitag das Mitgliedervotum um den Parteivorsitz mit einem klaren Votum für Saskia Esken und Nobert Walter Borjans bestätigt habe, mache Mut, dass das Hauptaugenmerk in den kommenden Monaten nicht auf Personaldebatten, sondern auf der Herausstellung der inhaltlichen Schwerpunkte der SPD liegen werde. „Die sozialdemokratische Nabelschau ist mit diesem Wochenende beendet.“

Das gute Abschneiden der hessischen Kandidatinnen und Kandidaten bei den Wahlen des Parteivorstands belege die Anerkennung, die ihre Arbeit bundesweit genieße.

„Besonders erfreulich für den SPD-Bezirk Hessen-Nord ist, dass Michael Roth mit einem hervorragendem Ergebnis im ersten Wahlgang in den Parteivorstand gewählt wurde. Damit ist auch in Zukunft sichergestellt, dass die Anliegen der Nordhessen-SPD in den Beratungen der Parteispitze ausreichend Gehör finden werden“, sagte Gremmels. ■

CHANCEN ERKENNEN UND NUTZEN

Die Abgeordneten der Nordhessenrunde besuchten den Kasseler Flughafen

Zu Besuch am Kasseler Flughafen: Beim vergangenen vor-Ort-Treffen der SPD-Nordhessenrunde warfen die heimischen Abgeordneten gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft einen Blick hinter die Kulissen des Kassel Airport.

Geschäftsführer Lars Ernst verschaffte den Anwesenden zunächst einen Überblick, auch über die Grenzen des Flughafens in Calden hinaus. Zahlreiche Airlines hatten in der Vergangenheit Insolvenz angemeldet. „Dies trifft insbesondere die regionalen Flughäfen“, so Ernst. „Doch wir haben auch Chancen.“ Und diese gilt es in Zukunft auszuloten und auch zu ergreifen. Insbesondere mit Blick auf den großen Airport in Frankfurt, der zeitwei-

se bereits an seine Belastungsgrenzen stößt, sahen die Anwesenden hohes Potential für Kassel-Calden. Ebenso solle die Kommunikation mit dem Münchner Flughafen vermehrt in den Fokus gerückt werden, um die Möglichkeiten einer künftige Zusammenarbeit in Erfahrung zu bringen.

„Die SPD steht zu 100 Prozent zu Kassel Airport“, stellte Manuela Strube noch einmal deutlich heraus. Und sicherte den Verantwortlichen des Flughafens volle Unterstützung bei kommenden Entscheidungen und Verhandlungen zu.

Denn der Flughafen steigere nicht nur die Attraktivität Nordhessens, sondern sichere auch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen. „Im Gewerbegebiet Airport ha-



ben sich bereits 30 Firmen angesiedelt“, wusste Dr. Tobias Busch, Leiter der Unternehmensentwicklung am Flughafen zu berichten. Großen Namen wie Airbus und ZF Luftfahrttechnik haben sich hier niedergelassen, bilden aus und tragen zu einer besonders positiven Entwicklung des Wirtschaftsstandortes bei. ■

Die Nordhessenrunde mit Kai Lorenz Wittrock, Michael Wieners, Christian Strube (alle Wirtschaftsförderung), Lars Ernst (GF Flughafen), Tobias Busch (Flughafen), Kai Bachmann (Zweckverband Raum Kassel).

TEXT & FOTO: STEFANIE RICHTER

Zahlst Du den richtigen Beitrag?

Eine starke Organisation hat starke Mitglieder. Starke Mitglieder zahlen einen Beitrag entsprechend ihrem Einkommen. Wir bitten Dich, einmal Deinen Beitrag zu überprüfen.

Die folgende Tabelle hilft Dir bei der Einschätzung deiner Beitragsstufe:

bis 1.000 €	bis 2.000 €	bis 3.000 €	bis 4.000 €	über 4.000 €
5,-	7,50 - 15 - 20 €	25 - 30 - 35 €	45 - 60 - 75 €	100 - 150 - 250 €

Für Mitglieder ohne Erwerbseinkommen, ohne Pensionen, ohne Renteneinkünfte oder ohne vergleichbare Einkommen sowie Gastmitglieder beträgt der monatliche Mitgliedsbeitrag 2,50 Euro. Ansonsten beträgt der Mindestbeitrag 5,- Euro

Du willst Deinen Beitrag anpassen? Das geht online unter spd.de im Mitgliederbereich, in Deiner UB-Geschäftsstelle oder via E-Mail an bezirk.hessen-nord@spd.de sowie telefonisch unter 0561 700 10 11.

Für eine starke SPD in Nordhessen!



TIMON GREMMELS: WICHTIGE LEITPLANKEN FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE AUTOMOBILINDUSTRIE

Beschluss des Bundesparteitags auf Initiative der SPD Hessen-Nord

Ein klares Bekenntnis für eine starke, moderne und ökologische Automobilpolitik in Deutschland hat der SPD-Bundesparteitag in Berlin abgegeben. „Der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes basiert ganz wesentlich auf seiner industriellen Stärke. Diese Schlüsselbranche leistet dafür einen zentralen Beitrag“, so der SPD-Bezirksvorsitzende Hessen-Nord Timon Gremmels.

„Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands basiert wesentlich auf der industriellen Stärke, zu der die Automobilindustrie einen herausragenden Beitrag leistet. Dazu gehören ebenso hervorragend ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter, die Innovationskraft, die starke Sozialpartnerschaft und die betriebliche Mitbestimmung. Dieser Erfolg und seine Grundlagen müssen erhalten werden“, sagte Gremmels weiter.

Mit einem gemeinsamen Antrag des SPD-Bezirks Hessen-Nord, des Bezirks Hessen-Süd und des Landesverbandes Niedersachsen hat sich der SPD-Bundesparteitag für diesen Gestaltungsanspruch mit allen Akteuren ausgesprochen!

Derzeit vollzieht sich der größte Veränderungsprozess in der Geschichte der Automobilbranche. Ökologische Heraus-

forderungen, die Digitalisierung und neue Formen der Mobilität beschreiben dabei die Leitplanken. Mobilität und Mobilitätswirtschaft sind zentrale Sektoren einer aktiven Klimapolitik. „Die Beschäftigten in der Automobilindustrie erwarten von der Politik, beim anstehenden Wandel die erforderlichen Ziele sozialverträglich zu gestalten. Klima- und Umweltziele dürfen nicht gegen Arbeitsplätze ausgespielt werden“, machte Gremmels die Position der SPD klar.

In ihrem Beschluss bekennt sich die Sozialdemokratie zu einem starken Automobilstandort in Deutschland und Europa. „Hier muss auch weiterhin Forschung und Entwicklung für die Mobilität von morgen stattfinden. Gute Arbeitsplätze müssen gesichert und neu geschaffen werden“, erklärte Gremmels. Dies trage nach Überzeugung des SPD-Bezirksvorsitzenden auch zum Erhalt von Produktionsstandorten bei. Dazu gehöre weiterhin eine Batteriezellenforschung und -fertigung sowie deren Recycling ebenso wie die Forschung im Bereich der Brennstoffzellentechnologie.

Zu den notwendigen Rahmenbedingungen gehöre der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Lade- und Schnelllad-

infrastruktur sowie von Tankstellen für Wasserstoff. In diesem Zusammenhang setzt sich die SPD für die Erarbeitung einer nationalen Wasserstoffstrategie ein. Neben den neuen Antriebstechnologien wird die Digitalisierung und das autonome Fahren eine wesentliche Rolle spielen. Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, setzt sich die SPD für weitere Investitionen in Innovation und in Modellprojekte ein.

„Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselbranche – mit Blick auf die wirtschaftliche Bedeutung, die Schaffung und Sicherung von Beschäftigung und regionale Entwicklung. Die Transformation der Automobilindustrie gelingt nicht nebenbei. Um die Wahrnehmung für die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu schärfen, bedarf es eines Dialogs aller Beteiligten. Eine starke Sozialpartnerschaft ist die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Transformation dieser Branche. Die frühzeitige und intensive Einbindung von Gewerkschaften wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Darüber hinaus wird sich die SPD auf Bundesebene für einen Dialogprozess mit allen Akteuren einsetzen und ihn intensiv unterstützen“ betonte Gremmels. ■

GLÜCKWUNSCH!

Anneliese Reumschüssel

aus Kassel

Rolf Gewicke

aus Calden

Karl Worm

aus Homberg

Wilhelm Wissemann

aus Rauschenberg

Erna Staabe

aus Fuldaabrück

zum 95. Geburtstag

Heinrich Brill

aus Wildeck

Walter Gleim

aus Gemünden

Karl Laun

aus Heringen

Erwin Pelz

aus Reinhardshagen

zu 70 Jahren

Parteiliederschaft

Heinrich Müller

aus Gladenbach

zu 75 Jahren

Parteiliederschaft. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord

Humboldtstr. 8 A

34117 Kassel

Fon 0561/7001013

Fax 0561/7001088

bezirk.hessen-nord@spd.de

www.spd-hessen-nord.de

KASSELER KURVE: GESPRÄCHE ZUR GÜTERZUGTRASSE NÖRDLICH KASSELS

Bürgerinitiativen diskutieren mit SPD-Politikern

Auf Einladung der nordhessischen Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Timon Gremmels fand im Deutschen Bundestag ein gemeinsames Gespräch mit Bürgerinitiativen aus von den Ausbauplänen der Deutschen Bahn betroffenen Orten in der Region Kassel statt.

Zu Gast waren drei Bürgerinitiativen aus Espenau, Fuldata und Vellmar, die ihren Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz sowie Kritik am Verfahren formulierten.

Der zuständige Berichterstatter für die SPD-Bundestagsfraktion, Mathias Stein, erläuterte die Problematik des Maßnahmenengesetzvorbereitungsgesetzes, vor allem im Hinblick auf das umstrittene Projekt "Kurve Kassel". Hierbei geht es um eine von der Deutschen Bahn geplante Güterzugtrasse nördlich Kassels. „Wir möchten, dass alle sinnvollen Streckenalternativen - insbesondere die Solingbahn - gleichwertig geprüft werden. Einen Bahnausbau benötigen wir unbedingt, auch im Rahmen der Energie- und Verkehrswende. Wir müssen es richtig

machen und Bürgerinnen und Bürger mitnehmen!“, erläuterten Esther Dilcher und Timon Gremmels übereinstimmend.

Klaus Werner, Sprecher der Bürgerinitiative "Keine Kurve Kassel" aus Vellmar, kritisierte das geplante Maßnahmenengesetzvorbereitungsgesetz. „Es bestehen Zweifel, ob das Gesetz verfassungskonform ist. Wir sind auch für den Bahnausbau, aber man muss es sinnvoll machen!“

Der Verkehrspolitiker Mathias Stein äußerte Verständnis für die Kritik aus der nordhessischen Region. Er betonte, dass der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages die betreffenden Gesetze gründlich prüfe und erst im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens Veränderungen vorgenommen werden können. Er verwies zudem auf die noch ausstehenden Antworten des Bundesverkehrsministers und die Expertenanhörung des Verkehrsausschusses am 15. Januar 2020, bei der nochmals die entscheidenden Fragen erörtert werden sollen. „Wir freuen uns über die konstruktive Beteiligung, insbesondere auch der Bürgerinitiativen. Im Übrigen gilt für



das parlamentarische Verfahren immer: Kein Gesetz kommt so heraus wie es hinein kam!“, so die Bundestagsabgeordnete Dilcher abschließend. ■

Esther Dilcher vertritt den Wahlkreis 167 - Waldeck und Timon Gremmels den Wahlkreis 168 - Kassel im Deutschen Bundestag. Beide gewannen bei der Bundestagswahl 2017 das Direktmandat in ihrem Wahlkreis.

Von links: Esther Dilcher, Peter Schürmann (BI Espenau), Werner Reiß (BI Vellmar), Mathias Stein, MdB (Verkehrsausschuss) Klaus Werner (BI Vellmar), Helga Heinemann (BI Fuldata), Marie-Luise Brandstetter (BI Fuldata) und Timon Gremmels, MdB.

FOTO: ISABELL SEIDENSTÜCKER

SPD-POLITIKER FORDERN PAKT FÜR DEN WALD

Praxistag im Forstamt

Bei einem Praxistag im hessischen Forstamt schaute sich die Baunataler Landtagsabgeordnete Manuela Strube zusammen mit ihren Landtagskollegen Wolfgang Decker und Karina Fissmann die Arbeit des Forstamtes und den Zustand der hessischen Wälder an.

Im Gespräch mit Forstamtsleiter Matthias Dumm und Revierförster Peter Bornmann, konnten sich Politiker direkt ein Bild über die Arbeit vor Ort machen. „Wir betreuen rund 20.000 Hektar Wald, der in 12 Revierförstereien aufgeteilt ist“, berichtete Dumm, der insgesamt 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. „Unser Wald ist geprägt durch die Buche, die Fichte, die Eiche und die Lärche. Es ist sinnvoll, diese Mischwälder mit anderen Baumarten wie der Douglasie anzureichern, die viel klimaresistenter sind als heimische Nadelgehölze. Dies wird jedoch durch die FSC-Zertifizierung zurzeit deutlich eingeschränkt“, so Dumm weiter, der in seinen Wäldern auch die Folgen von Dürre, des Sturms Frederike und des starken Schädlingsbefalls sieht.

Neben dem Waldbau spiele auch der

Naturschutz im Forstamt eine wichtige Rolle. Von besonderer Bedeutung sei neben der Pflege von Naturschutzgebieten, auch der Schutz des Luchses und einzigartiger Pflanzen.

Doch wie in allen Forstämtern in Hessen habe man mittlerweile mit Personalmangel zu kämpfen. Allein das nachhaltige Pflegen und Schützen der Wälder nehme schon viel Zeit in Anspruch. Durch die großen Auswirkungen des Klimawandels seien die Aufgaben um ein Vielfaches gestiegen, erläuterte Dumm. „Die Aufgaben der Forstämter sind sehr vielfältig und von großer Bedeutung für Mensch, Tier und Natur. Befallene Bäume aus dem Wald zu holen und neue Bäume zu pflanzen, ist nur ein kleiner Teil des Tätigkeitsfeldes. Daher ist es jetzt und in Zukunft umso wichtiger, dass Hessen-Forst personell gut aufgestellt ist – quantitativ, aber auch qualitativ“, merkte Karina Fissmann an, die gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Pakt für den Wald fordert. Ein 12-Punkte-Plan zum Schutz der Wälder vor dem Klimawandel, wie von der Hessischen Landesregierung kürzlich



beschlossen, sei kein Gesamtkonzept für den Wald der Zukunft, bemängelte sie das zögerliche Agieren in Wiesbaden.

Die SPD-Fraktion solidarisiere sich mit den Forderungen der IG Bauen-Agrar-Umwelt, die 200 zusätzliche Stellen bei HessenForst zur Wiederaufforstung fordert. „Auch ohne den Klimawandel wird es Jahrzehnte dauern, bis der hessische Wald aufgeforstet ist. Dafür brauchen wir gutes Personal“, so die Abgeordneten, die eine Ausbildungs- und Einstellungs-offensive fordern, damit die kommenden Aufgaben bewältigt werden können. ■

Die Landtagsabgeordneten Wolfgang Decker, Manuela Strube und Karina Fissmann informierten sich im Forstamt Hessisch Lichtenau über den Zustand des Waldes.

FOTO: BÜRO FISSMANN

WIR MACHEN BETRIEBSRENTEN ATTRAKTIVER

Dr. Edgar Franke MdB: Neuregelung der Kassenbeiträge für Betriebsrenten

Wer eine Betriebsrente bekommt und Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zahlt, hat künftig im Schnitt 300 Euro mehr im Jahr. Wie funktioniert das? Ab Januar 2020 gilt ein Freibetrag von 159,25 Euro. Das heißt: Für die ersten 159,25 Euro der Betriebsrente müssen dann überhaupt keine Kassenbeiträge mehr gezahlt werden. Erst über diesem Beitrag fallen Beträge an. Dadurch zahlen mindestens 60 Prozent der Betriebsrentnerinnen und -rentner de facto nur noch höchstens den halben Beitragssatz. Auch die übrigen 40 Prozent werden spürbar entlastet. Menschen mit

kleinen Renten profitieren besonders.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte in den Koalitionsverhandlungen ausdrücklich Handlungsbedarf im Hinblick auf die Doppelverbeitragung angemeldet. Edgar Franke war persönlich bei den Koalitionsverhandlungen für den Gesundheitsbereich dabei. Wir haben uns mit Nachdruck dafür eingesetzt, die Beitragsfestsetzung für die Bezüge der Direktversicherungen neu zu regeln. Wir haben ausdrücklich dafür plädiert, dass die Beiträge für die Betriebsrenten in der Auszahlungsphase zumindest um die Hälfte des Arbeitnehmeranteils abgesenkt werden sollten.

Denn im Vergleich zum Jahre 2004, wo wir 5 Millionen Arbeitslose hatten und die Krankenkassen Defizite eingefahren haben, sind aufgrund der guten Wirtschaftslage die Rücklagen der Krankenkassen zur Zeit gut gefüllt.

Die Beiträge zur Krankenversicherung haben die Attraktivität von Betriebsrenten in der Vergangenheit enorm geschmälert. Wir ändern das, um die betriebliche Altersversorgung als beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente wieder zu stärken. Noch vor einem Jahr war es undenkbar, dass wir dazu etwas in der Koalition hinbekommen. ■



Dr. Edgar Franke MdB

FOTO: BÜRO FRANKE

ÄNDERUNGEN IM KREBSREGISTERGESETZ ERFORDERLICH

Dr. Daniela Sommer MdL: Meldungen sind sehr bürokratisch

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Krebsregistergesetzes kritisierte die stellvertretende Vorsitzende und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Daniela Sommer, dass die Landesregierung nicht einen Verbesserungsvorschlag der Anhörung in den Gesetzesentwurf integriert habe.

Sommer sagte: „Unsere Kritikpunkte bei Einbringungen wurden in der Anhörung bestätigt: Die Meldungen an das Krebsregister sind sehr bürokratisch. Durch die Meldung des Basisdatensatzes

mit Diagnose, Therapie, Follow-Up-Daten etc. und der damit verbundenen Verwaltungsarbeit entsteht ein zusätzlicher Mehraufwand in den Personal- und Sachkosten. Die Unterfinanzierung ist dauerhaft nicht hinnehmbar. Wenn das Land Hessen ein vollständiges, flächendeckendes und vor allem aussagekräftiges Krebsregister haben will, muss es dies auch kostendeckend finanzieren, damit Kliniken die Meldungen konsequent tätigen.“

Derzeit würden nicht alle Meldungen getätigt, da der zusätzliche Mehraufwand nicht vergütet werde. Nur ein

Drittel der Kosten werde abgedeckt, so dass es für viele Stellen nicht leistbar sei, Daten weiterzuleiten. Sommer forderte daher eine auskömmliche Finanzierung für zusätzlichen Personal- und Sachaufwand.

Darüber hinaus sei es der SPD ein Anliegen, noch einmal auf die Verarbeitung der Daten und die Rechte an ihnen einzugehen. In der Anhörung hätten die Patientenvertreter deutlich gemacht, dass die Widerspruchsrechte besser erläutert werden und mehr Bedenkzeit zur Freigabe der Daten gewährt werden müsse. ■



Dr. Daniela Sommer MdL

FOTO: BÜRO SOMMER